Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 5 Abs. 2 UVPG;

hier: Wasserbeschaffungsverband Thomasberg – Anlage WGA Thomasberg

Wasserbeschaffungsverband Thomasberg, Siebengebirgsstraße 150, 53639 Königswinter, plant gemäß §§ 8 ff. des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) die Beantragung einer wasserrechtlichen Genehmigung zur Entnahme von Grundwasser aus sechs Brunnen auf der Wassergewinnungsanlage (WGA) Thomasberg (Entnahmemenge 1.814.400 m³/a) zum Zweck der Wasserversorgung.

Nach § 7 Abs. 1 S. 1 i.V.m. Nr. 13.3.2. der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung – UVPG - ist für eine Grundwasserförderung in einer jährlichen Menge von 100.000 m³ bis weniger als 10 Mio. m³ eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen. Dabei ist aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage III des UVPG aufgeführten Kriterien zu untersuchen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt haben kann. Demnach besteht eine UVP-Pflicht, wenn das Neuvorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann und nach § 25 Abs. 2 UVPG bei der Zulässigkeitsentscheidung zu berücksichtigen wäre.

Diese Prüfung hat ergeben, dass die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung aus den im Folgenden genannten wesentlichen Gründen nicht erforderlich ist.

Die Vorprüfung zur UVP hat ergeben, dass keine Möglichkeit erheblicher Auswirkungen auf das Grundwasser besteht. Zwar führt die Entnahme zu einer Absenkung des Grundwasserstandes und möglicherweise Beeinflussung von Oberflächengewässern, die im Austausch mit dem Grundwasser stehen, jedoch ist eine Verringerung des mengenmäßigen Grundwasserangebotes aufgrund der ausgeglichenen Grundwasserbilanz nicht zu besorgen, da die geförderte und beantragte Wassermenge nachweislich durch Grundwasserneubildung aus Niederschlägen nachgeliefert wird. Der Grundwasservorrat wird so langfristig nicht geschmälert. Die Oberflächengewässer weisen im Untersuchungsgebiet nur eine geringe Grundwasserabhängigkeit auf. Durch die anstehenden Talsedimente und des teilweise großen Flurabstandes sind die Bäche von Niederschlägen abhängig aber nicht vom Grundwasser.

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen im Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben sind nicht möglich.

Es gibt keine erhebliche Beeinträchtigung auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt. Auswirkungen auf Pflanzen können nur da auftreten, wo grundwassergeprägte Böden und somit potentiell grundwasserabhängige Vegetationstypen vorliegen. Die Böden und Bäche sind größtenteils von versickerndem Bachwasser und Niederschlägen abhängig und weniger vom Grundwasserstand. Dem Bachssystem geht durch die Grundwasserförderung kein Wasser verloren, somit kann auch mit der beantragten Grundwasserentnahme weiterhin Bachwasser in gleicher Größenordnung versickern und die Pflanzen und Böden entlang der Bäche stützen. Der Lauterbach weist seit Jahrzehnten keinen Kontakt zum Grundwasser auf, der Bellinghauser Bach weist auch mit der Grundwasserentnahme einen Kontakt auf. Der Teufelsarschbach weist keinen Kontakt zum Grundwasser auf, da der Grundwasserleiter gespannt ist und der Grundwasserstand dementsprechend deutlich niedriger liegt, als er gemessen wird. Aufgrund der o.g. Ausführungen können erhebliche Auswirkungen ausgeschlossen werden. Von den im Wirkungsbereich der Entnahme vorkommenden durch Europarecht geschützten Arten weist keine eine starke Grundwasseranbindung auf. Lediglich der Waldwasserläufer weist eine mittlere Grundwasserabhängigkeit auf.

Die Erzeugung von Abfällen und mögliche Auswirkungen auf die Kreislaufwirtschaft sind nicht zu erwarten.

Bei der Vorprüfung wurden auch der Faktor der Umweltverschmutzung und möglicher Belästigungen untersucht. Erhebliche Umweltauswirkung sind nicht zu erwarten. Wohnbebauungen werden jedoch im näheren Umfeld nicht angesiedelt und sind daher für das Vorhaben irrelevant. Es sind keine Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, für das Vorhaben zu erwarten. Ebenso konnten bei der Untersuchung auf die menschliche Gesundheit Risiken ausgeschlossen werden.

Auswirkungen auf Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete und geschützte Landschaftsbestandteile sind nach dem derzeitigen Kenntnisstand auszuschließen.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird diese Feststellung hiermit bekannt gemacht und ist nach § 5 Abs. 3 S. 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Köln, den 09.01.2025

Im Auftrag
gez. Wenge